

News Archiv 2017

2017-03-20 09:53

[KAV-Chef Udo Janßen geht](#)

Die Stadt Wien trennt sich von Udo Janßen, Generaldirektor des Wiener Krankenanstaltenverbunds (KAV). Das hat Gesundheitsstadträtin Sandra Frauenberger (SPÖ) vor Kurzem in einer Pressekonferenz bekannt gegeben.

Udo Janßen war seit 1. November 2014 Generaldirektor des KAV. Zuvor war er seit Mai 2013 als einer von zwei Vize-Chefs im KAV tätig und verantwortete den Bereich Finanz- und Controllingmanagement.

Studie zu Neuorganisation im Jänner

Frauenberger hatte das Gesundheitsressort im Jänner von Sonja Wehsely (SPÖ) übernommen. Schon kurz nach der Amtsübernahme hatte sie von einer raschen Entscheidung zu einer Neuorganisation des KAV gesprochen. Von einer „Ausgliederung“ wollte sie damals nicht sprechen, wohl aber von mehr Kompetenzen für das Management.

Im Jänner wurde auch eine Studie vorgelegt, die sich mit verschiedenen Möglichkeiten zu Personal- und Finanzhoheit im KAV befasste. Es wurden keine Empfehlungen oder eine Reihung der geeignetsten Vorschläge vorgenommen.

Um KAV-Chef Janßen hatte es in den vergangenen Monaten immer wieder Ablösegerüchte gegeben. Für Diskussionen hatten etwa die Verzögerungen und Kostensteigerungen beim Krankenhaus Nord und das neue Dienstzeitenmodell im KAV gesorgt.

[Read more ... KAV-Chef Udo Janßen geht](#)

2017-03-18 14:23

[Koalitionärer Hickhack rund um Integrationsgesetz](#)

Neuen koalitionären Konfliktstoff liefert das umstrittene Integrationsgesetz: Nach der Begutachtungsphase

wurde gestern von den zuständigen Ministerien ein überarbeiteter Entwurf verhandelt.

Die SPÖ sei dabei von wesentlichen Punkten des Integrationspakets wieder abgerückt, klagte die ÖVP danach. Stimmt nicht, hieß es aus der SPÖ, es gehe lediglich um eine ordentliche legislative Umsetzung.

Das Integrationsgesetz, das eine Sammlung von mehreren Gesetzen umfasst, sieht unter anderem ein verpflichtendes Integrationsjahr, mehr Deutsch- und Wertekurse sowie gemeinnützige Arbeit für anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte vor. Außerdem enthält es ein Burkaverbot im öffentlichen Raum sowie Einschränkungen bei der Koranverteilung.

Kritik an Verbot der Vollverschleierung

Das Integrationsgesetz war das erste Gesetz, das die Bundesregierung nach dem Update des Regierungsprogramms in Begutachtung geschickt hatte. Im Begutachtungsverfahren gab es vor allem Kritik am geplanten Verbot der Vollverschleierung.

Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts monierte zudem ungewohnt heftig unpräzise Bestimmungen sowie unbestimmte Begriffe, die unterschiedliche Auslegungen zulassen und daher zu Auslegungsschwierigkeiten und Unklarheiten führen können.

ÖVP-Vertreter sieht Abrücken der SPÖ

Bei einer Verhandlungsrunde zwischen dem von Sebastian Kurz (ÖVP) geführten Außen- und Integrationsministerium sowie dem zuständigen Staatssekretariat von Muna Duzdar (SPÖ) und dem Sozialministerium unter Alois Stöger (SPÖ) dürften die Koalitionspartner nun in einigen Punkten wieder auseinandergedriftet sein.

Die SPÖ stelle zentrale Punkte, die im Regierungsübereinkommen vereinbart wurden, wieder infrage, sagte ein ÖVP-Verhandler nach den Gesprächen zur APA. Unter anderem habe die SPÖ ihr Okay zum Vollverschleierungsverbot vorerst wieder zurückgezogen, so der ÖVP-Verhandler.

Auf SPÖ-Seite zeigte man sich über diese Aussagen verwundert. „Wir stehen zum Regierungsprogramm und zu den ausverhandelten Punkten. Es gab relativ starke Kritik an der legislativen Umsetzung. Jetzt geht es darum, einen ordentlichen Gesetzestext zustande zu bringen“, hieß es aus dem zuständigen Staatssekretariat im Bundeskanzleramt.

[Read more ... Koalitionärer Hickhack rund um Integrationsgesetz](#)

2017-03-16 06:34

[Gesundheitsberuferegister: Start wird um ein halbes Jahr verschoben](#)

Gesundheitsausschuss billigt auch Novelle zum Apothekerkammergesetz

Der Nationalrat hat im vergangenen Jahr die Einrichtung eines Berufsregisters für Gesundheits- und Krankenpflegeberufe sowie gehobene medizinisch-technische Dienste beschlossen. Unter anderem müssen sich diplomierte KrankenpflegerInnen, PflegeassistentInnen, PhysiotherapeutInnen und LogopädInnen künftig vor Beginn ihrer Berufsausübung registrieren lassen. Ursprünglich war vorgesehen gewesen, mit der Registrierung Anfang 2018 zu beginnen, nun wird der Start um ein halbes Jahr verschoben. Eine entsprechende Gesetzesnovelle hat heute unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrags mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und NEOS den Gesundheitsausschuss des Hohen Hauses passiert. Grünes Licht gaben die Abgeordneten außerdem für eine Novelle zum Apothekerkammergesetz und technische Anpassungen im ASVG.

Durch die Verschiebung des Eintragungsbegins in das Gesundheitsberuferegister wird auch die Meldefrist für bereits Berufstätige um ein halbes Jahr erstreckt. Wer am 1. Juli 2018 einen Gesundheitsberuf ausübt, ist nunmehr verpflichtet, sich bis spätestens 30. Juni 2019 - statt bis 31. Dezember 2018 - bei der zuständigen Behörde erstmalig registrieren zu lassen. Ansprechstelle für unselbständig Beschäftigte ist die Arbeiterkammer, für Selbständige ist es die Gesundheit Österreich GmbH (GÖG). Überdies sieht die Gesetzesnovelle (1518 d.B.) eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands vor: So wird etwa auf die Erfassung des Geburtsorts verzichtet und die Möglichkeit der Übernahme bestehender Datensätze geschaffen.

Dieselbe Stoßrichtung, nämlich Verwaltungsvereinfachungen, hat auch der von den Koalitionsparteien heute vorgelegte Abänderungsantrag. Zudem sieht er vor, die Zahl der vom Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverband in den Registrierungsbeirat entsendeten Mitglieder von drei auf sechs zu erhöhen. Geändert werden mit der vorliegenden Novelle auch das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und das MTD-Gesetz, unter anderem ist eine Kompetenzerweiterung für Pflegeberufe vorgesehen.

Sowohl ÖVP-Abgeordnete Claudia Durchschlag als auch Grün-Abgeordnete Eva Mückstein zeigten sich erfreut, dass das Projekt Gesundheitsberuferegister nunmehr in die Zielgerade kommt. Sie sei zwar nicht glücklich darüber, dass der Start um ein halbes Jahr verschoben wird, sagte Mückstein, die Verwaltungsvereinfachungen seien aber zu begrüßen. Zudem werteten sie und SPÖ-Abgeordneter Johann Hechtl es als positiv, dass keine Gebühren bei der Registrierung anfallen werden. Es sei nicht einfach gewesen, den Finanzminister zu überzeugen, sagte Hechtl.

Hechtl und Durchschlag hoben darüber hinaus die Möglichkeit der Online-Registrierung hervor. Durchschlag hofft, dass die derzeit noch fehlende Schnittstelle für FachschulabsolventInnen rechtzeitig zur Verfügung stehen wird. Seitens der NEOS begrüßte Gerald Loacker die Kompetenzerweiterung der Pflegeberufe.

Skeptisch äußerte sich hingegen FPÖ-Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch-Jenewein. Ihr zufolge sind auch die betroffenen Berufsgruppen "nicht restlos glücklich". Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner machte geltend, dass die Fristverschiebung notwendig ist, um bei der Online-Registrierung Datensicherheit zu gewährleisten.

Apothekerkammergesetz wird auf den letzten Stand gebracht

Mit der Novelle zum Apothekerkammergesetz (1467 d.B.) wird unter anderem eine Anregung des Rechnungshofs aufgegriffen und die Apothekerkammer dazu angehalten, sich eine Haushaltsordnung zu geben. Auch die unbefristete Bestellung des Disziplinaranwalts und seines Stellvertreters hat sich nach

Meinung des Gesundheitsministeriums als nicht mehr zeitgemäß und unpraktikabel erwiesen. Der Gesetzentwurf, der laut Rendi-Wagner auch die Zustimmung der Apothekerkammer hat, wurde einstimmig angenommen.

Opposition pocht auf Strukturreformen bei Krankenkassen

Ein eigener Diskussionsblock war dem Thema Krankenversicherung und Gesundheitsfinanzierung gewidmet, wobei sich die Oppositionsparteien mit ihren Forderungen - zumindest vorläufig - nicht durchsetzen konnten. So vertagte der Ausschuss einen Entschließungsantrag der NEOS (1979(A(E))), der auf eine Reform des Ausgleichsfonds der Gebietskrankenkassen abzielt. Der Ausgleichsfonds sei in seiner jetzigen Form unsolidarisch, weil er nicht alle Krankenkassen einbeziehe, und lasse jeden Anreiz zur Sparsamkeit vermissen, kritisiert Gerald Loacker. "Je mehr pleite ich bin, desto mehr Geld kriege ich." Loacker fordert in diesem Sinn eine Abschaffung des Liquiditäts- bzw. Verlustausgleichs. Zudem sieht er nicht ein, dass die Gebietskrankenkassen die Versicherungsleistungen für Arbeitslose und Kranke alleine schultern und sich die Krankenkassen der Beamten, Bauern und Selbständigen nicht am Ausgleichsfonds beteiligen.

Eine Strukturreform bei den Krankenkassen erachten auch die FPÖ und die Grünen für notwendig. Das System habe einmal gut funktioniert, sei aber nicht mehr zeitgemäß, sind sich Andreas Karlsböck (F) und Eva Mückstein (G) einig. Es müsse für gleiche Beiträge eine gleiche Leistung geben, forderte Mückstein. Karlsböck ist allerdings skeptisch, dass es zu Änderungen kommen wird, die Sozialpartner würden jegliche Reform blockieren.

Ein Zerreden der Probleme warf Grün-Abgeordneter Karl Öllinger den Koalitionsparteien vor. Das System habe bis jetzt nicht so schlecht funktioniert, meinte er, es beginne aber sukzessive "abzurutschen". Schuld daran ist seiner Ansicht nach nicht zuletzt die mangelnde Reformbereitschaft. Man werde durch geänderte Strukturen keine Milliarden einsparen können, stimmte Öllinger ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger zu, es gehe aber darum, die Versorgung der Versicherten zu optimieren.

Kritisch bewertete die Opposition die von Sozialminister Alois Stöger in Auftrag gegebene Studie zur Reform der Sozialversicherungsträger. Sowohl Dagmar Belakowitsch-Jenewein (F) als auch Gerald Loacker (N) kritisierten die freihändige Vergabe des Auftrags ohne Ausschreibung. Für Loacker ist das ein klarer Verstoß gegen das Vergaberecht. Er sprach angesichts von Sub-Auftragsvergaben an österreichische Institutionen und Personen zudem von einer "Scheinobjektivität".

Konkrete Ergebnisse von der Studie erwartet sich hingegen SPÖ-Abgeordneter Erwin Spindelberger. Zu sagen, Krankenkassen mit einer negativen Bilanz würden schlecht wirtschaften, ist für ihn jedenfalls nicht zulässig. Der unterschiedliche Erfolg der einzelnen Kassen hat seiner Einschätzung nach vor allem mit der unterschiedlichen Versichertenstruktur zu tun. Das Ergebnis der von Sozialminister Stöger beauftragten Studie will auch Gesundheitsministerin Rendi-Wagner abwarten.

ÖVP-Abgeordneter Wöginger warnte davor, "das Kind mit dem Bade auszuschütten". Alle Krankenversicherungen in einem Träger zusammenzufassen, sei kein Allheilmittel, betonte er und verwies auf das Beispiel Bayern, wo es nach wie vor 111 Außenstellen gebe. Er fürchtet außerdem, dass bei einer Zentralisierung der ländliche Raum benachteiligt würde. Wöginger plädierte allerdings dafür, künftig die gleichen Leistungen für Versicherte der Gebietskrankenkassen anzubieten, schließlich würden auch gleiche Beiträge bezahlt.

Grüne drängen auf Finanzierung des Gesundheitswesens aus einem Topf

Auf eine Finanzierung des Gesundheitswesens aus einem Topf drängen die Grünen (2008/A(E)). Solange

es etwa für die Sozialversicherung ein Vorteil sei, die Behandlungskosten dem Land zu überlassen und umgekehrt, werde es keine optimierte Versorgung im Sinne der PatientInnen geben, ist Eva Mückstein überzeugt. Die zersplitterte Finanzierung steht ihrer Ansicht nach außerdem der angestrebten Stärkung der niedergelassenen Ärzte entgegen. Laut Mückstein hat der Rechnungshof ein Entlastungspotential von bis zu 4,5 Mrd. € errechnet, würde man die übermäßige Inanspruchnahme teurer Spitalsstrukturen hintanhalten und Behandlungen stärker zu den Ärzten verlagern. Grundsätzlich hinter das Anliegen stellten sich auch NEOS-Abgeordneter Gerald Loacker und FPÖ-Abgeordneter Andreas Karlsböck, der Antrag fand allerdings keine Mehrheit.

Seitens der Koalitionsparteien verwiesen die Abgeordneten Spindelberger (S) und Wöginger (V) auf bereits gesetzte Maßnahmen wie die Einrichtung einer Zielsteuerungskommission. Auch Gesundheitsministerin Rendi-Wagner ist überzeugt, dass die im vergangenen Jahr beschlossene Gesundheitsreform wirken wird. Man habe sich mit den Ländern auf eine gemeinsame Finanzierungs- und Planungsverantwortung geeinigt, sieht sie die Politik auf einem guten Weg.

FPÖ will Häftlinge in gesetzliche Krankenversicherung einbeziehen

Abgelehnt wurde vom Ausschuss auch ein Entschließungsantrag der FPÖ (1954/A(E)), der die Einbeziehung von Häftlingen in die gesetzliche Krankenversicherung zum Ziel hat. Abgeordnete Dagmar Belakowitsch-Jenewein erwartet sich davon Einsparungen für den Bund, der derzeit - zum Tarif für unversicherte PrivatpatientInnen - die Kosten für die ärztliche Behandlung von Häftlingen übernimmt. Grün-Abgeordneter Karl Öllinger unterstützte den Antrag grundsätzlich. Er würde es allerdings bevorzugen, würden arbeitende Häftlinge generell ordentlich bezahlt und versichert.

Gesundheitsministerin Rendi-Wagner wies darauf hin, dass das Justizministerium die verfassungsmäßige Zuständigkeit für die gesundheitliche Versorgung der Häftlinge habe. Ihre Überleitung in die gesetzliche Krankenversicherung wäre ihr zufolge zudem nicht so einfach, da diese auf eine Erwerbsleistung abstelle. Rendi-Wagner machte überdies auf eine zwischen den Ländern und dem Bund getroffene Vereinbarung bei den jüngsten Finanzausgleichsverhandlungen aufmerksam.

Technische Anpassungen im ASVG

Mit den Stimmen der Koalitionsparteien, der Grünen und des Team Stronach angenommen wurde ein gemeinsamer Antrag von SPÖ und ÖVP (2033/A), der redaktionelle Anpassungen im ASVG enthält. Ursprünglich war angedacht gewesen, den Antrag im Ausschuss zu ergänzen, laut Abgeordnetem Spindelberger wird über das Thema Arzneimittelkosten aber noch mit den Krankenkassen und den Pharmafirmen verhandelt. Er hofft auf eine Einigung bis zur Nationalratssitzung Ende März. Man bemühe sich um eine Lösung, die für beide Seiten vertretbar sei.

[Read more ... Gesundheitsberuferegister: Start wird um ein halbes Jahr verschoben](#)

2017-03-12 20:19

[Rendi-Wagner will Impfpflicht für Spitalspersonal prüfen](#)

Die neue Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) hält im Lichte der aktuellen Masernwelle die Durchimpfungsraten beim Gesundheitspersonal für „absolut inakzeptabel“ niedrig. Rendi-Wagner will deshalb die Möglichkeit einer Impfpflicht für Personal rechtlich prüfen, wie sie in mehreren Zeitungsinterviews heute sagte. Eine generelle Impfpflicht lehnt sie ab.

In Österreich gibt es seit Jahresbeginn bereits doppelt so viele Masernfälle wie 2016. „Wir müssen die Durchimpfungsraten auf jeden Fall heben“, so Rendi-Wagner, die auch Expertin für Impfprävention ist, in der „Presse am Sonntag“. Eine Impfpflicht für die gesamte Bevölkerung komme für sie aber „nicht infrage“.

„Rechtlich genau prüfen“

Vorrangiges Ziel müsse es dagegen sein, etwas an den niedrigen Durchimpfungsraten bei Gesundheitsberufen - von Ärzten über Hebammen, Pfleger bis Sanitätern - zu ändern, sagte die Ministerin zu „Österreich“ und „Kurier“. Allein heuer seien 15 Prozent der Masernfälle im Krankenhaus akquiriert worden oder betreffen das Krankenhauspersonal.

Hier müsse man als ersten Schritt die Impflücke schließen, bereits nächste Woche werde man mit allen neun Landesgesundheitsreferenten entsprechende Gespräche führen. Auf die Frage, ob auch eine Impfpflicht für das Krankenhauspersonal denkbar sei, meinte Rendi-Wagner in der „Kleinen Zeitung“: „Die Möglichkeit muss man rechtlich genau prüfen.“ Es gehe hier um einen Eingriff in die körperliche Integrität, es müsse aber auch sichergestellt sein, dass sich Patienten nicht beim Personal anstecken.

[Read more ... Rendi-Wagner will Impfpflicht für Spitalspersonal prüfen](#)

2017-03-08 07:13

[Neue Ressortchefin mit Fachwissen](#)

Neue Ressortchefin mit Fachwissen

Ob EHEC, Vogelgrippe oder MERS: Über die Jahre hat Pamela Rendi-Wagner die Österreicher über viele Epidemien aufgeklärt und auch beruhigt. Die Wiener Tropenmedizinerin ist seit 2011 Sektionsleiterin im Gesundheitsministerium und Generaldirektorin für die öffentliche Gesundheit. Nun folgt sie der verstorbenen Ministerin Sabine Oberhauser (SPÖ) in die Regierung nach.

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) bestätigte die Personalie am Dienstag der Zeit im Bild. Rendi-Wagner erhält auch die Agenden des Frauenministeriums. Sie wise „eine beachtliche Berufskarriere“ vor

und stehe mit beiden Beinen im Leben, so Kern.

Fixiert wird Rendi-Wagner am Mittwoch in Parteipräsidium und -vorstand der SPÖ. Die 46-Jährige, die vollständig Dr. Joy Pamela Rendi-Wagner heißt, wurde vor allem als Krisenmanagerin bekannt, etwa nachdem sie über die Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima aufklärte.

Von Stöger ins Ministerium geholt

Der damalige Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ) hatte Rendi-Wagner vor sechs Jahren als Leiterin der Sektion III für den öffentlichen Gesundheitsdienst und medizinische Angelegenheiten sowie als Generaldirektorin für die öffentliche Gesundheit in sein Ressort geholt.

Damals würdigte er sie als „ausgewiesene Fachfrau in den Bereichen Tropenmedizin, Infektiologie, Vakzinologie und Public Health“. Federführend war sie seither als Sektionschefin in der Erarbeitung der Rahmengesundheitsziele. Bei dem Projekt soll die Anzahl der gesunden Lebensjahre der Österreicher bis 2032 erhöht werden. Rendi-Wagner hatte die Leitung inne.

Zeckenschutzimpfung nun alle fünf Jahre

Auch als Wissenschaftlerin genießt Rendi-Wagner einen ausgezeichneten Ruf. Nach der Promotion an der Medizinischen Universität Wien 1996 machte sie ihre Facharztausbildung in London. Sie arbeitete über zehn Jahre wissenschaftlich am Institut für Tropenmedizin der MedUni Wien. Dort etablierte sie als Projektleiterin unter anderem ein Netzwerk zur flächendeckenden epidemiologischen Überwachung wichtiger Infektionskrankheiten - und lieferte mehrere Studien, die zur wissenschaftlichen Grundlage für impfpolitische Entscheidungen wurden.

Dass das empfohlene Intervall für die Zeckenschutzimpfung von drei auf fünf Jahre hinaufgesetzt wurde, ist eines der Ergebnisse von Rendi-Wagners Impfforschungen. 2008 habilitierte sie sich zum Thema Prävention durch Impfschutz.

Nach Tel Aviv und zurück

Danach verbrachte sie einige Jahre in Israel, wo sie als Gastprofessorin an der Universität Tel Aviv wirkte. Ihr Mann Michael Rendi, mit dem sie zwei Töchter hat, war österreichischer Botschafter in Israel. Nach der Berufung seiner Frau ins Gesundheitsministerium kehrte auch Michael Rendi nach Österreich zurück. Nun ist er als Kabinettschef von SPÖ-Kulturminister Thomas Drozda im Bundeskanzleramt tätig. Rendi-Wagner selbst ist Mitglied im Bund sozialdemokratischer Akademiker (BSA). Bei den SPÖ-Frauen ist sie allerdings im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin Oberhauser nicht verankert, ebenso wenig im ÖGB.

[Read more ... Neue Ressortchefin mit Fachwissen](#)

2017-03-07 10:06

[Frauen halten Städte und Gemeinden am Laufen](#)

younion-Bundesfrauenvorsitzende Christa Hörmann sagt Danke

Seit 106 Jahren wird der Internationale Frauentag gefeiert, seit vielen Jahrzehnten fix am 8. März. „Das ist ein guter Anlass, um einmal den Frauen ganz groß Danke zu sagen. Sie sind in mehr als 200 Berufen im öffentlichen Dienst tätig und halten mit ihren Leistungen Städte und Gemeinden am Laufen. Und das rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr“, sagt Christa Hörmann, Bundesfrauenvorsitzende bei younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Dabei haben gerade Frauen große Herausforderungen zu meistern. Christa Hörmann: „Beruf- und Privatleben in Balance zu halten, ist in allen Bereichen mit Früh- oder Nachtdiensten eine echte Herausforderung. Außerdem kommen seit Jahren immer mehr Aufgaben hinzu, der Arbeitsdruck wird immer größer.“

Auch von einer generellen Ausdehnung bzw. Flexibilisierung der Arbeitszeit sind Frauen im Städte- oder Gemeindedienst betroffen. Schließlich kann so etwas nur gelingen, wenn die Kinderbildungseinrichtungen entsprechend angepasst, beziehungsweise ausgebaut werden. Jasmin Mrzena-Merdinger, Bundesfrauenreferentin bei younion _ Die Daseinsgewerkschaft: „Das bedeutet natürlich, dass es mehr Personal-Ressourcen geben muss, wenn Eltern noch ‚flexibler‘ arbeiten gehen. Wir werden da ganz genau darauf schauen, dass niemand unter die Räder kommt.“

Kämpferisch zeigt sich die younion-Bundesfrauenabteilung auch für die vielen anderen Berufe der rund 76.500 weiblichen younion-Mitglieder. Jasmin Mrzena-Merdinger: „Wir haben schon in der Vergangenheit viel erreichen können – von der Pflegefreistellung auch für Patchwork-Familien über Novellierungen des Gleichbehandlungsgesetzes bis zum neuen Kinderbetreuungsgeldkonto. Auch in Zukunft setzen wir uns mit ganzer Kraft für Verbesserungen ein.“

Christa Hörmann abschließend: „Und an alle, die das Rad der Zeit vielleicht wieder zurückdrehen wollen: Sicher nicht mit uns!“

[Read more ... Frauen halten Städte und Gemeinden am Laufen](#)

2017-03-07 08:01

[SPÖ will Oberhauser-Nachfolge morgen entscheiden](#)

SPÖ-Chef Bundeskanzler Christian Kern wird morgen Früh in den Parteigremien die Nachfolge der verstorbenen Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser beraten.

Das Präsidium tritt um 8.00 Uhr im Parlament zusammen, danach tagt der Vorstand, bestätigte die SPÖ heute. Wer die Aufgabe übernehmen wird, ist noch nicht bekannt. Favoritin für die Gesundheitsagenden war in den vergangenen Tagen stets Pamela Rendi-Wagner, Sektionschefin im Gesundheitsministerium.

Eine Lösung finden musste Kern für die Frauenagenden, die Oberhauser ebenfalls über hatte. Die SPÖ-Frauen würden das Thema gerne bei einer der ihren sehen, womit Rendi-Wagner nicht infrage käme, sehr wohl aber Staatssekretärin Muna Duzdar. Allerdings: Eine Herabstufung von einem Ministerium auf ein Staatssekretariat - ausgerechnet am Internationalen Frauentag - gilt auch nicht als das beste Signal.

[Read more ... SPÖ will Oberhauser-Nachfolge morgen entscheiden](#)

2017-03-06 08:35

[Eurofighter-U-Ausschuss wird gleich groß wie der letzte](#)

Das blau-grüne Verlangen auf den neuen Eurofighter-Untersuchungsausschuss muss erst in einer Nationalratssondersitzung Mitte März eingebracht werden, die Fraktionen zerbrechen sich aber schon den Kopf darüber, wen sie in den Ausschuss schicken. Klar ist bereits, welche Partei wie viele Vertreter entsenden darf - der neue U-Ausschuss soll gleich groß sein wie der letzte zur Skandalbank Hypo.

18 Mitglieder

Zwar gibt es keinen formellen Beschluss dafür, die Präsidiäle hat sich aber bereits darauf verständigt, dass auch der zweite U-Ausschuss nach Minderheitsrecht wieder 18 Mitglieder haben wird, wurde der APA aus mehreren Fraktionen bestätigt. Konkret dürfen also SPÖ und ÖVP je fünf Vertreter namhaft machen, die FPÖ vier, die Grünen zwei und NEOS wie Team Stronach je einen.

Den Vorsitz übernimmt gemäß der Geschäftsordnung Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ). Ansonsten steht bei der SPÖ bisher nur der langjährige Sicherheitssprecher Otto Pendl als Fraktionsführer fest. Die ÖVP-Fraktion wird wieder von Gabriele Tamandl angeführt. Sie verfüge über die Erfahrung aus dem vergangenen Hypo-U-Ausschuss.

Die FPÖ dürfte den U-Ausschuss-erfahrenen Walter Rosenkranz als Fraktionsführer einsetzen, die Grünen Peter Pilz, der den ersten Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2006/2007 geleitet hat. Noch keine Entscheidung getroffen hat NEOS. Team-Stronach-Klubchef Robert Lugar würde gerne Wehrsprecher Christoph Hagen beziehungsweise Wirtschaftssprecher Leo Steinbichler in den Ausschuss schicken.

[Read more ... Eurofighter-U-Ausschuss wird gleich groß wie der letzte](#)

2017-02-28 19:34

[Offizielle Trauerfeier für Sabine Oberhauser am 5. März](#)

Im Einvernehmen mit der Familie von Sabine Oberhauser wird bekanntgegeben, dass die offizielle Trauerfeier für Bundesministerin Sabine Oberhauser am kommenden Sonntag, dem 5. März 2017, in der Feuerhalle Simmering stattfindet. Die Öffentlichkeit hat die Möglichkeit, sich von 09.00 bis 11.00 Uhr in der Feuerhalle Simmering persönlich zu verabschieden.

Die offizielle Trauerfeier beginnt um 13.00 Uhr in der Feuerhalle Simmering (Einlass für Trauergäste ab 12.00 Uhr).

[Read more ... Offizielle Trauerfeier für Sabine Oberhauser am 5. März](#)

2017-02-22 06:21

[yunion begrüßt StGB-Novelle](#)

„Ein weiterer Schritt für mehr Sicherheit des Öffi-Personals“

„Das ist ein guter und wichtiger Schritt“, so kommentiert Michael Bauer, Zentralbetriebsrat der Wiener Linien und Vorsitzender der Hauptgruppe IV der yunion _ Die Daseinsgewerkschaft, die geplante Novelle des Strafgesetzbuchs (StGB), in der Angriffe auf „Öffi“-Personal härter bestraft werden sollen.

„Bis zu zwei Jahren Haft sieht das Gesetz vor. Und das ist auch gut so. Ich hoffe, dass das abschreckend wirkt. Es kann nicht sein, dass Kolleginnen und Kollegen Opfer von Gewalt werden. Wir sorgen schließlich dafür, dass täglich tausende von Menschen sicher ihr Ziel erreichen.“

Das neue Gesetz ist ein weiterer Schritt, um die zunehmende Gewalt in den Öffis einzudämmen. Michael Bauer: „Gemeinsam mit den Wiener Linien konnten wir schon mehrere Maßnahmen für einen verstärkten Schutz setzen. Und wir werden uns natürlich weiterhin für noch mehr Sicherheit engagieren.“

[Read more ... yunion begrüßt StGB-Novelle](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [13](#)
- [14](#)
- [15](#)
- 16
- [17](#)
- [18](#)
- [19](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)